

mit stichhaltigen Informationen und überzeugenden Argumentationen ausgerüstet werden. Die Hilfe der Presse läßt sich dafür — wie für die Propagierung der Öffentlichkeitsarbeit der Abgeordneten überhaupt — noch besser nutzen.

Territoriale Rationalisierung und Gemeinschaftsarbeit

Der Hauptweg zur Verwirklichung der den staatlichen Aufgaben zugrunde liegenden Leistungsziele für 1979 und für die Planerfüllung 1978 ist und bleibt die sozialistische Rationalisierung. So und aus dieser Sicht betrachtet, erhöht sich die Verantwortung der örtlichen Staatsorgane für die Erfüllung der gesamtstaatlichen Aufgaben ganz beträchtlich. Das verlangt eine noch wirksamere politisch-ideologische Arbeit in den Räten, damit die Arbeit dieser staatlichen Organe den höheren Maßstäben gerecht wird.

Die Räte der Bezirke, Städte und Kreise haben bei der Ausarbeitung des Planes 1979 einen großen Beitrag zur territorialen Rationalisierung zu leisten, um den hohen Leistungszuwachs in Industrie und Landwirtschaft und die vorgesehene weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu erreichen. Die Aufgaben sind in der „Gemeinsamen Direktive des Politbüros des Zentralkomitees, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates zur Führung der Plan-diskussion 1979“ enthalten. Ihre Erfüllung ist eine außerordentlich wichtige *politische* Aufgabe. Allen Tendenzen eines einseitig organisatorisch-technischen Denkens und Handelns ist entschieden der Kampf anzusagen. Territoriale Rationalisierung kann nicht dem subjektiven Ermessen einzelner Leiter überlassen bleiben.

Heute geht es mehr und mehr darum, in jedem Kreis, ausgehend von einer exakten Analyse der Entwicklung der Leistung, die Maßnahmen der territorialen Rationalisierung auf *konkrete Schwerpunkte* der Planerfüllung zu orientieren, deren Lösung den konzentrierten Einsatz aller Kräfte und Mittel des Territoriums verlangt. Dabei sind die betrieblichen und territorialen Reserven *vorrangig* für die Betriebe der Zulieferindustrie, des Exports und der Konsumgüterindustrie sowie für die ausgewählten Objekte zum 30. Jahrestag der DDR zu nutzen. Im nicht-materiellen Bereich geht es vor allem um die Auslastung vorhandener Kapazitäten, unabhängig von der Unterstellung, um ihre Modernisierung und Werterhaltung, und nicht um neue Investitionen.

In der Stadt Dresden, in Staßfurt, Mühlhausen und anderen Kreisen wurden dafür politisch-ideologische Positionen geschaffen und geklärt, daß die Frage nach Maßnahmen der territorialen Rationalisierung nicht nur „allgemein“ gestellt, sondern auch konkret beantwortet wird. Dort wurden alle Kräfte — Hauptmechaniker, Neuerer, Rationalisatoren aus der MMM-Bewegung, Vertreter der Kammer der Technik sowie aus Hoch- und Fachschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen — auf solche Punkte gelenkt, die erst durch das Zusammenwirken verschiedener Partner volkswirtschaftlich effektiv lösbar sind.

Zunehmend mehr an Bedeutung gewinnt die hohe Auslastung der Grundfonds, die Gemeinschaftsarbeit zwischen den Betrieben zur Steigerung der Produktion von Rationalisierungsmitteln und die wissenschaftlich-technische Hilfe für Rationalisierungsmaßnahmen in den mittleren und kleinen Betrieben. Die guten Erfahrungen aus der Arbeit von Kooperationsgemeinschaften bzw. -verbänden sollten überall ausgewertet und angewendet werden.

Einen hohen Wert hat die territoriale Rationalisierung für die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und die Entwicklung im Dienstleistungs- und Reparaturwesen. Die verantwortlichen Staatsorgane sollten deshalb viel stärker darauf einwirken, daß immer wiederkehrende Handgriffe und Arbeitsgänge durch mögliche Kleinmechanisierung ersetzt werden. Das betrifft auch das Handwerk.

Was die territoriale Rationalisierung in den Gemeindeverbänden anbelangt, so liegt der materielle Schwerpunkt

Auszeichnungen

In Anerkennung hervorragender Verdienste beim Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Stärkung der DDR wurden

Hans Breitbarth,
Stellvertreter des Ministers der Justiz,
Anna-Maria Grevénath,
ehern. Staatsanwalt des Bezirks Schwerin,
mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Silber geehrt.

In Anerkennung besonderer Verdienste beim Aufbau und bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Stärkung der DDR erhielten

Dr. Rolf Beinarowitz,
Stellvertreter des Generalstaatsanwalts von Berlin,
Gerhard Borkmann,
Richter am Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt,
Karl-Heinz Dietrich,
Oberrichter am Bezirksgericht Schwerin,
Dr. Fritz Etzold,
Richter am Obersten Gericht,
Helmuth Galuschka,
Oberrichter am Bezirksgericht Halle,
Gerhard Häußler,
Vorsitzender des Rechtsanwaltskollegiums Berlin,
Alfred Heyse,
Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Stadt- und Landkreises Neubrandenburg,
Dr. Franz Jonkiski,
Leiter der Abt. Recht und Grundsatz
des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen,
Johannes Kretzschmar,
Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Bezirks Leipzig,
Harri Müller,
Stellvertreter des Staatsanwalts des Bezirks Rostock,
Wilhelm Müller,
Leiter des Büros des Ministers der Justiz,
Hans Paul,
ehern. Mitarbeiter beim Generalstaatsanwalt der DDR,
Annemarie Pfeufer,
Direktor des Bezirksgerichts Leipzig,
Günter Rau,
Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Bezirks Frankfurt,
Hans Richter,
ehern. Oberrichter am Bezirksgericht Magdeburg,
Helmut Rudat,
Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Bezirks Erfurt,
Ernst Schmidt,
ehern. Mitarbeiter beim Generalstaatsanwalt der DDR,
Georg Schönberger,
ehern. Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Bezirks
Magdeburg,
Prof. Dr. Karl-Heinz Schöneburg,
Stellv. Direktor des Instituts für Theorie des Staates
und des Rechts der Akademie der Wissenschaften der DDR,
Alice Uhlig,
Stellv. Direktor des Bezirksgerichts Frankfurt,
den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze.

in der Unterstützung der Landwirtschaftsbetriebe. Solche Erfordernisse wie die Besetzung der Bestell- und Erntetechnik mit Zweitfahrern und deren Ausbildung, die Instandhaltung und Pflege der Maschinen und Aggregate, die Unterstellung der Technik, die Überwindung von Schwerpunkten in der technologischen Kette des Ernteflusses verlangen geradezu die Zusammenarbeit zwischen den Betrieben der Industrie, der Landwirtschaft und den staatlichen Organen. Nicht anders ist das bei der Modernisierung und Rationalisierung von Altstätten, dem Bau von Rationalisierungs- und Mechanisierungsmitteln, denn noch nicht überall haben wir die Kraft, große moderne Stallanlagen zu bauen.